



4/2012

1. Bundestag ebnet Weg für Griechenland-Hilfen

Die Finanzminister der Eurozone haben nach einem Verhandlungsmarathon am 20./21. Februar 2012 die Ausgestaltung des bis 2014 angelegten zweiten Griechenland-Rettungspakets vereinbart. Um dem Antrag Griechenlands auf Finanzhilfen bewilligen und diesem komplexen und austarierten Lösungsvorschlag zustimmen zu können, braucht die Bundesregierung vorab die Zustimmung des Deutschen Bundestages. Diese ist am Montag mit großer Mehrheit erteilt worden. Bei Umsetzung des Hilfsprogramms bleibt die Obergrenze der öffentlichen Hilfen bei den bislang ins Auge gefassten 130 Mrd. Euro. Zweiter Kernbestandteil ist der erhöhte Schuldenschnitt in Form eines Anleihtauschs, den der griechische Regierungschef Loukas Papademos mit den privaten Gläubigern vereinbart hat. Damit die privaten Gläubiger ihre bisherigen griechischen Anleihen tatsächlich in neue umtauschen, bedarf es der Absicherung durch das Griechenland-II-Paket. Dieses Paket wiederum ist an Bedingungen geknüpft, die private Gläubiger und der griechische Gesetzgeber erfüllen müssen. Der deutsche Bürgschaftsrahmen wird nicht erhöht, denn das Griechenland-II-Paket wird über den bereits vorhandenen Rettungsschirm EFSF finanziert, für den Deutschland unverändert mit der festgesetzten Obergrenze von 211 Mrd. Euro bürgt. Mit dem Beschluss wird jedoch kein Blankoscheck ausgestellt. Unsere Zustimmung knüpfen wir an konkrete Erwartungen: Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll sich beteiligen und bevor die erste Tranche des neuen Rettungspakets ausgezahlt wird, muss eine umfassende Teilnahme der Privatgläubiger am Anleihtausch sowie die gesetzgeberische Umsetzung der vordringlichen Reformzusagen Griechenlands stattgefunden haben.

2. Bundespräsident für Freiheit und Einheit

Joachim Gauck ist gemeinsamer Kandidat der vier größten Fraktionen in der kommenden Bundesversammlung: CDU/CSU, SPD, GRÜNE und FDP haben sich geeinigt, den ehemaligen Pfarrer und Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen. Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Initiative, einen parteiübergreifend getragenen Kandidaten benennen zu wollen, den Weg für eine gemeinsame Lösung eröffnet. Das überzeugende Ergebnis stößt bei den Menschen in unserem Land auf große Zustimmung. Es ist gut, dass so schnell ein gemeinsamer Vorschlag unterbreitet werden konnte. Die 15. Bundesversammlung tritt übrigens am 18. März zusammen, einem Datum mit interessanten Bezügen zur deutschen Geschichte: 1848 Märzrevolution in Berlin und 1990 erste freie Volkskammerwahl in der DDR und Ost-Berlin. Joachim Gauck hat einen beeindruckenden Lebensweg aufzuweisen: Geboren 1940, aufgewachsen in der DDR, Studium, Pastor und nach der Wende Volkskammerabgeordneter des Neuen Forums und Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Joachim Gauck wird wichtige Anregungen für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit und unsere gemeinsame Zukunft setzen. Sein Thema ist die Freiheit in Verantwortung. Parteiendemokratie und Bürgergesellschaft gehören für ihn ebenso zusammen. Wir sind sicher, dass er der politischen Debatte neue Impulse geben und sie mit seiner Sichtweise bereichern wird.

3. Europäischer Rat setzt Fiskalvertrag in Kraft

Die Staats- und Regierungschefs haben auf dem Gipfeltreffen vom 1./2. März 2012 den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion unterzeichnet, den sogenannten Fiskalvertrag. Der Fiskalvertrag, der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus ESM, der verschärfte Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Euro-Plus-Pakt

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emiliestraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

sind die Kennzeichen einer neuen europäischen Stabilitätsarchitektur. Neben tragfähigen öffentlichen Haushalten steht die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aller Mitgliedstaaten im Mittelpunkt. Die Staats- und Regierungschefs werden die nationalen Reformfortschritte des vergangenen Jahres bewerten und Leitlinien für das laufende Jahr vorgeben. Der Deutsche Bundestag begrüßt die zum Teil erheblichen Reformanstrengungen insbesondere in Irland, Italien und Spanien, aber auch in Portugal und Griechenland. Weiterhin wird sich der Europäische Rat (ER) mit den Vorbereitungen der nächsten Gipfeltreffen der G8 und der G20 beschäftigen. Dabei geht es u. a. um nachhaltiges Wachstum, die Umsetzung der Finanzmarktreformen, die soziale Dimension der Globalisierung, den Kampf gegen den Klimawandel, die Forderung nach mehr Transparenz auf den Rohstoffmärkten sowie den Kampf gegen Protektionismus und Jugendarbeitslosigkeit. Desweiteren soll die „Rio+20“-Konferenz der Vereinten Nationen (VN) vorbereitet werden. Vor 20 Jahren bekannte sich in Rio die internationale Staatengemeinschaft erstmals zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung. Gleichzeitig wurden wichtige Erklärungen und Vereinbarungen zu Klima, biologischer Vielfalt und Wüstenbekämpfung beschlossen. 2012 soll die Neuausrichtung der Volkswirtschaften zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise deutlich beschleunigt werden. Die sogenannte Green Economy wird neben der VN-Reform in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung das Hauptthema Konferenz sein. Der ER wird sich auch mit einer Bestandsaufnahme über Folgen und getroffene Maßnahmen seit dem Arabischen Frühling sowie mit der Lage in Syrien beschäftigen. Mögliche weitere Themen sind die Frage des Beitritts Rumäniens und Bulgariens zu „Schengen“ und die Frage der Verleihung des Kandidatenstatus für Serbien.

4. Koalition packt den Abbau der kalten Steuerprogression an

Aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs verdient der Staat an der Inflation mit. Selbst, wenn die Arbeitnehmer über Tarifsteigerungen einen Kaufkraftausgleich erreichen, führt der progressive Steuerzugriff dazu, dass den Menschen am Ende real weniger Kaufkraft verbleibt als vor der Gehaltssteigerung. CDU/CSU und FDP halten diesen Effekt für ungerecht. Daher legen wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf vor, mit dem der Einkommensteuertarif korrigiert wird. Und wir stellen sicher, dass dies kein einmaliger Akt bleibt: Eine regelmäßige Überprüfung der Wirkung der kalten Progression im Tarifverlauf soll ab der 18. Legislaturperiode im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfinden. Opposition und rot-grün regierte Länder verweigern sich hier der Gerechtigkeit und müssen sich fragen lassen, warum sie den Automatismus des verschärften Steuerzugriff beibehalten und so hart arbeitende Menschen über Gebühr belasten wollen. Wir dagegen setzen unser Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um, die Steuern einfach, niedrig und darum geht es hier vor allem – gerecht auszugestalten. Mit dem Abbau der kalten Progression werden wir überdies der verfassungsmäßig gebotenen Anhebung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums gerecht. Dieser orientiert sich am sozialhilferechtlichen Minimum und soll in zwei Stufen um insgesamt 350 Euro angehoben werden: Zum 1. Januar 2013 auf 8.130 Euro und zum 1. Januar 2014 auf 8.354 Euro. Überdies wird der Tarifverlauf im Bereich der Progressionszonen im gleichen prozentualen Ausmaß angepasst. Die jetzt vorgesehene Umsetzung der Tarifanpassungen führt zu jährlichen Steuermindereinnahmen von insgesamt rund 6 Mrd. Euro. Eine regelmäßige Überprüfung der Wirkung der kalten Progression soll ab der nächsten Wahlperiode im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfinden.

5. Besserer Schutz für Verbraucher im elektronischen Geschäftsverkehr

Das Gesetz zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches trägt zum besseren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr bei. Nuncmehr werden Unternehmen ihre Kunden im elektronischen Geschäftsverkehr klar, verständlich und unmittelbar vor Abgabe eines Bestell-Klicks über den Gesamtpreis informieren müssen. Ein Vertrag kommt erst dann zustande, wenn die Verbraucher mit ihrer Bestellung ausdrücklich bestätigen, dass sie sich zu einer Zahlung verpflichteten. Zudem ist der Unternehmer verpflichtet, den Verbraucher vor dessen Bestellung über die wesentlichen Merkmale der Ware oder Dienstleistung, den Gesamtpreis, etwaige Liefer- oder Versandkosten und - bei Dauerschuldverhältnissen - über die Laufzeit zu informieren. Letztere Informationspflichten gelten - anders als die Schaltflächenpflicht - nicht für Finanzdienstleistungsverträge. Mit dem Gesetz stärken wir den Verbraucherschutz, sorgen für Rechtssicherheit beim stetig wachsenden Online-Handel und antworten damit auf die Herausforderungen der digitalen Welt.

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emiliestraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

6. Potenzial besonders qualifizierter Fachkräfte in Deutschland besser nutzen

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union wird der neue Aufenthaltstitel „Blaue Karte EU“ eingeführt. Dieser wird auf Hochschulabsolventen beschränkt, schafft aber für diese besonders attraktive Bedingungen, da auf die Vorrangprüfung verzichtet wird und eine Vergleichbarkeitsprüfung (Verhinderung von Lohndumping) nur hinsichtlich der Mangelberufe stattfindet, für die eine besonders niedrige Gehaltsgrenze (33.000 Euro) gilt. Zudem sind eine Reihe weiterer Regelungen vorgesehen, die dazu dienen, das Potenzial besonders qualifizierter Fachkräfte in Deutschland besser zu nutzen und zu einer „Willkommenskultur“ beizutragen. So wird z. B. die Arbeitssuche für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen erleichtert.

7. Die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen steigt weiter

Die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen ist auch im Jahr 2010 weiter gestiegen: auf 40,8 Prozent. Im Jahr 2009 hatte sie 38,4 Prozent betragen, im Jahr 2000 waren sogar nur 20 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig. Dem deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote steht ein spiegelbildlicher Rückgang der Rentnerquote gegenüber. Im Jahr 2000 hatte diese noch 61,8 Prozent betragen, 2010 lag der Anteil der Rentner unter den 60- bis 64-Jährigen indes nur noch bei 43,3%. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen ist seit dem Jahr 2000 stärker gestiegen als in allen anderen EU-Ländern, bei den 60- bis 64-Jährigen war der Anstieg in Deutschland sogar der stärkste innerhalb der EU. Dies sind Ergebnisse des ersten Fortschrittsreports „Altersgerechte Arbeitswelt“, der letzte Woche im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vorgestellt wurde. Neben Daten, Analysen und neuesten wissenschaftlichen Studien führt der Bericht auch Praxisbeispiele zum Thema „Arbeiten bis 67“ auf. Die Zahlen bescheinigen laut BMAS einen beachtlichen Erfolg auf dem Weg hin zur vollständigen Einführung der Rente mit 67 im Jahr 2029. Da die demografische Entwicklung darauf hinweist, dass die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Jahr 2030 nicht nur abnehmen wird, sondern dass die Arbeitnehmer im Durchschnitt auch älter sein werden, setzen die Zahlen zur Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer ein wichtiges Signal. Der Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ erscheint künftig halbjährlich.

8. Tourismus ist wichtiger Wirtschaftsfaktor

Die Tourismusbranche hat für die deutsche Wirtschaft eine große Bedeutung. 2010 beliefen sich die gesamten Konsumausgaben der touristischen Besucher in Deutschland auf 278,3 Milliarden Euro. Der Großteil dieser Ausgaben (75%) entfällt auf tourismuscharakterliche Produkte wie Gaststätten- und Beherbergungsleistungen, Transportleistungen und Dienstleistungen im Bereich Freizeit und Kultur, während ein Viertel auf Konsumgüter entfällt. Dies geht aus einer aktuellen Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus hervor. Die Herstellung der von Touristen nachgefragten Güter löste demnach im Jahr 2010 eine Bruttowertschöpfung von 97 Milliarden Euro aus, entlang der Wertschöpfungskette ergibt sich insgesamt sogar eine dem Tourismus zurechenbare Bruttowertschöpfung von 214,1 Milliarden Euro. Der Tourismus macht folglich 9,7% der gesamten Bruttowertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft aus. Im Hinblick auf die Beschäftigungssituation in Deutschland resultierte 2010 aus der Herstellung der von Touristen nachgefragten Güter eine Beschäftigung von 2,9 Millionen Erwerbstätigen (entspricht 7% der Erwerbstätigen in Deutschland). Der direkte Beitrag des Tourismus zur Bruttowertschöpfung ist damit vergleichbar mit dem des Baugewerbes (4,3%) oder des Erziehungs- und Unterrichtswesens (4,6%). Der Beitrag des Tourismus zur Beschäftigung in Deutschland liegt knapp unter dem des Einzelhandels (9,2%).

9. Caesar: Chancen für Lippes Förderung stehen gut

Cajus Caesar ist überzeugt: Lippe soll weitere Förderung im Rahmen des Bundesprojekts „Lernen vor Ort“ erhalten. Mit seinem Engagement will sich der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Erfolg Lippes bei diesem Programm erneut einsetzen. Seit mehr als zwei Jahren ist Lippe erfolgreich als einzige OWL-Region am Bundesprojekt „Lernen vor Ort“ mit einer Förderung von 1,9 Mio. Euro beteiligt. Jetzt können Kreise und kreisfreie Städte sich für die zweite Förderungsperiode 2012-2014 im Rahmen dieses Programms bewerben. „Lippe hat eine ausgezeichnete Vorar-

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emiliestraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

beit für die zweite Förderphase geleistet. Aus meiner Sicht hat unsere Region aussichtsreiche Chancen, mit einer vergleichbaren Summe erneut gefördert zu werden“, sagt Caesar. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen initiierte Projekt zielt auf die Entwicklung eines kohärenten regionalen Bildungsmanagements. Bereits im Jahr 2010 ist mit „Lernen vor Ort“ ein umfassendes Arbeitsprogramm für das Bildungsmanagement Lippe entstanden, das über fünfzig regionale Aktivitäten umfasst. Neben zahlreichen Aktivitäten im Bereich Familienbildung und Elternarbeit wurden Maßnahmen zur besseren Berufsorientierung von Schülern entwickelt. Beispielsweise ist die Initiative „fanta 3“ entstanden, die in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Arbeitsagentur die Schulabgänger auf Ausbildungsberufe aufmerksam macht, die im Kreis Lippe gute Zukunftsperspektiven bieten. Im Bereich Förderung des naturwissenschaftlich-technischen Nachwuchses können die Schüler auf spezielle Angebote, wie mehrtägige Technik-Camps, zugreifen. Vom „Haus der kleinen Forscher“ in nahezu allen lippischen Kitas über „SINUS-Lippe“ in fast einem Drittel aller Grundschulen reicht das Angebot bis in die Unternehmen oder die Hochschule OWL. Zudem wurde im Frühjahr 2011 der erste kommunale Bildungsbericht für den Kreis Lippe veröffentlicht, der als ein wichtiger Meilenstein bei der Verbesserung des lippischen Bildungswesens gilt. „So ein umfangreiches, speziell auf Lippe zugeschnittenes Bildungsprogramm hat es in unserer Region noch nicht gegeben. Mit der Projektförderung wurden zahlreiche Aktivitäten ins Leben gerufen, die für die Zukunft Lippes entscheidend sind. In der zweiten Förderungsperiode wollen wir weitere Entwicklung des umfassenden Bildungsangebots vorantreiben“, erklärt der Bundestagsabgeordnete. „Der Erfolg Lippes liegt mir in dieser Hinsicht sehr am Herzen“, fügt Caesar hinzu.

10. Unternehmen müssen bei der Rohstoffeffizienz mitgenommen werden

Bei der Diskussion um das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm müssen die Belange der Unternehmen beachtet werden. Die Regierungsbefragung bei Umweltminister Dr. Norbert Röttgen nutzte unser heimischer Abgeordneter. „Ressourceneffizienz und Umweltschutz liegen mir besonders am Herzen. Wichtig ist hier aber das Miteinander mit den Unternehmen. Dies gilt zum Beispiel für mittelständische Betriebe in Lippe“, begründet Caesar sein Engagement. Vor allem müssen die Sorgen der Beteiligten gehört werden, stellte Caesar heraus. „Wie nehmen Sie die Branchen mit?“, erkundigte er sich beim Bundesminister. Caesar regte an, Gespräche mit allen Beteiligten zu führen: „Zentral ist hier das Miteinander von Umweltschutz, Wirtschaft und allen Beteiligten.“ Der Bundesminister nahm die Anstöße von Cajus Caesar gern mit: „Diese Aspekte sind notwendig.“ Die Bundesregierung versteht das Ressourceneffizienzprogramm als einen gemeinsamen Prozess. Es fand ein breit angelegter Arbeitsprozess statt, an dem Bundesländer, Verbände, Einrichtungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft beteiligt waren. So ist dieses Konzept entstanden. Die Ziele sind ambitioniert, aber vor allem realistisch: Bis 2020 soll die Ressourceneffizienz im Vergleich zu 1990 um 20% gesteigert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Cajus Caesar